



Damen und Herren

der Presse

Saarbrücken, 25.10.2019

Landkreistag Saarland kritisiert Pläne zur Umgestaltung des Rettungsdienstes als falschen Weg

Der Landkreistag Saarland lehnt den Vorschlag des Bundesgesundheitsministeriums für eine Reform der Notfallversorgung ab. Der Vorsitzende des Landkreistages, Landrat Patrik Lauer, betonte nach der Sitzung des Vorstandes am heutigen Tag: „Wir haben im Saarland einen sehr gut funktionierenden Rettungsdienst in der Verantwortung der Landkreise und des Regionalverbandes Saarbrücken, der durch die Berliner Pläne massiv gefährdet würde“.

Das Bundesgesundheitsministerium hat unlängst einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Ländern durch eine Änderung des Grundgesetzes die Verantwortung für den Rettungsdienst entziehen will und dem Bund den Zugriff auf zentrale Bestandteile des Rettungswesens verschaffen soll. Nicht mehr die kommunale Selbstverwaltung vor Ort, sondern die Krankenkassen sollen in weiten Teilen über die Ausgestaltung des Rettungsdienstes bestimmen. Das hätte erhebliche Auswirkungen auf die bestehende Struktur, die Finanzierung und die Weiterentwicklung des kommunalen

Rettungsdienstes. Die jederzeitige schnelle Hilfeleistung unter der Nummer 112 soll durch unklare Regelungen gefährdet und das gute Zusammenwirken von Kommunen, Hilfsorganisationen und Kostenträgern künftig durch bundesweite Vorgaben gelenkt werden.

Für den stellvertretenden Vorsitzenden des Landkreistages, Landrat Udo Recktenwald, der auch Verbandsvorsteher des gemeinsamen Zweckverbandes der Landkreise und des Regionalverbandes für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung (ZRF) ist, ist es der falsche Weg, an dieser Stelle anzusetzen: „Reformbedarf besteht gerade nicht in Bezug auf den kommunalen Rettungsdienst. Probleme gibt es in der hausärztlichen Versorgung außerhalb der Sprechzeiten im ambulanten Bereich“. So sei immer wieder zu beobachten, dass Rettungswagen für Beschwerden gerufen würden, die nicht lebensbedrohlich – und damit auch keine akuten Notfälle – seien und stattdessen in die Verantwortlichkeit des Bereitschaftsarztes gehörten. Ebenso seien die Notaufnahmen der Krankenhäuser mitunter überfüllt mit Patienten, die von der Möglichkeit der Konsultation bestimmter diensthabender Hausärzte abends und am Wochenende nichts wissen.

Die Lösung sei daher darin zu suchen, den funktionierenden Teil, also den Rettungsdienst und die Leitstellen der Kommunen, entsprechend aufzuwerten. „Wir haben im Saarland in eigener Verantwortung diesen Weg schon beschritten“, betonte der Vorsitzende des Landkreistages, Landrat Patrik Lauer. Im Saarland besteht bereits eine erfolgreiche Kooperation zwischen kassenärztlicher Vereinigung Saar und der durch den Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Saar (ZRF) organisierten Integrierten Leitstelle. Die Abfrage und Vermittlung von Anrufen über die Servicenummer 116 117 des kassenärztlichen Bereitschaftsdienstes im Saarland wird bereits über die Integrierte Leitstelle abgewickelt. „Einer diesbezüglichen weitergehenden gesetzlichen Regelung des Bundes bedarf es aus unserer Sicht nicht“ betonte der Vorsitzende des Landkreistages. Sehr wohl jedoch sei die Novellierung des

Rettungsdienstgesetzes des Landes in Bezug auf die Hilfsfrist, Bereichsaufnahme und Notfallsanitäter überfällig.

Das Bundesgesundheitsministerium schlage vor, den Rettungsdienst so zu behandeln wie andere Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung: zum Beispiel mit bundesweiten Vorschriften zur Planung der Rettungswachen-Standorte. Die Entscheidung der Landkreise in Bezug auf den Bedarf an Fahrzeugen, die Lage der Rettungswachen und die Auswahl der Leistungserbringer würde beseitigt. „Kurzum: Bedarfsgerechte örtliche und regionale Planungen zum Standort von Rettungsfahrzeugen und Rettungswachen durch den Rettungszweckverband ZRF würden unmöglich gemacht“ konstatierte der stellvertretende Vorsitzende des Landkreistages, Udo Recktenwald.

Völlig ausgeblendet werde schließlich die enge Verzahnung des Rettungsdienstes mit der Feuerwehr und dem Katastrophenschutz, wie sie in der gemeinsamen Notrufnummer 112 und den integrierten Leitstellen zum Ausdruck komme. Der Gedanke der kommunalen Leitstellen gehe damit weit über den Rettungsdienst hinaus, sondern betreffe gerade auch Großschadenslagen wie Waldbrände, Überflutungen oder schwere Straßen- und Schienenverkehrsunfälle. „Die Vorschläge des Bundesministeriums stellen unsere funktionierenden Strukturen im Saarland in Frage und sind damit für die Notfallversorgung in unserer Region kontraproduktiv“, so der Vorsitzende des Landkreistages, Patrik Lauer abschließend.

Ansprechpartner:

Martin Luckas, Geschäftsführer,

Tel: 0681-9509450 oder 0175-2030080